

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertel 4 1/2 M.,
incl. Briefporto 6 M.,
durch die Post bezogen 6 M.,
jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.,
mit Postbeförderung 45 Pf.
Inserate 6 Spaltenzeitung 20 Pf.,
Größere Schriften laut anderem Preis-
verzeichnis.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Klarten unter dem Redaktionsdruck
die Spaltenzeitung 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu
senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Bezahlung pränumerando oder durch Post-
nachnahme.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 25. Juni 1881.

75. Jahrgang.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
An den Wochentagen sind die Briefe
bis 10 Uhr abzugeben.
Annahme der für die nächstfolgende
Nummer bestimmten Inserate an
Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags,
an Sonn- und Festtagen früh bis 9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Neumann, Unterföhrstraße 22,
Louis Köhler, Bacharstraße 18, p.
nur bis 1/2 9 Uhr.

№ 176.

Bestellungen auf das dritte Quartal 1881 des Leipziger Tageblattes

(Auflage 16,950)

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 33, gelangen lassen. Außerdem werden von sämtlichen hiesigen Zeitungspediteuren Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und ausgeführt. Auswärtige Abonnenten müssen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt
pro Quartal 4 Mark 50 Pfennige,
inclusive Bringerlohn 5 Mark,
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrablatt sind ohne Postbeförderung 39 Mark, mit Postbeförderung 48 Mark Beilegegebühren unter Vorausbezahlung zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 6spaltige Zeile 20 Pfennige, für Anzeigen aus Betribschrift unter dem Redaktionsdruck 50 Pfennige. Größere Schriften werden, gering abweichend von dieser Norm, nach unserm Preisverzeichnis berechnet, wogegen bei tabellarischem und Biffer-Satz Berechnung nach höherem Tarif eintritt. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pränumerando oder durch Postnachnahme.

Das Tageblatt wird früh 6 1/2 Uhr ausgegeben und enthält die bis zum vorhergehenden Abend eingelaufenen wichtigsten politischen und Börsen-Nachrichten in telegraphischen Original-Depeschen. Mit seiner „Wirtschaftlichen Beilage“ bildet es zugleich das größte Handels- und Börsenblatt Sachsens. Es bringt namentlich auch sämtliche wichtige deutsche und überseeische Handelsberichte. Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt die vollständigen Gewinnlisten aller Klassen der Königlich Sächsischen Landes-Lotterie und die Nummer-Verzeichnisse der ausgelosten Königlich Sächsischen Staats-Schuldscheine.
Leipzig, im Juni 1881.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 26. Juni,
Vormittags nur bis 1/2 9 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Verpachtung eines Werk- und Lagerplatzes.

Das jetzige an Herrn Zimmermeister Georg verpachtet gebliebene, dem Georgenbause und zu der Gasse Nr. 1119 der Stadt für gebräuhliche Zwecke der äußeren Feuer- und der Feuerstraße an der Grenze des Grundstücks der Großen Hundenburg gelegene, die Baupläne Nr. 10, 26 und 26 des Waldschneid-Parzellenplans bezügliche Areal von ca. 8700 qd. — 2790 qd. Flächeninhalt soll zur Verpachtung als Werk- oder Lagerplatz vom 1. Juli d. J. an gegen einhalbjährliche Kündigung
Montag den 27. d. M.
Vormittags 11 Uhr
auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 16, an den Meistbietenden anderweit verpachtet werden.
Uebereinstimmend auf dem großen Saale können die Verpachtungs- und Verpächterungsbedingungen, sowie der Situationsplan schon vor dem Termine eingesehen werden.
Leipzig, am 16. Juni 1881.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stz.

Bekanntmachung.

Kohlenlieferung betreffend.
Die Lieferung des Bedarfs an Stein- und Braunkohlen für das diesjährige Johannisfest auf das Jahr 1881/82 und zwar von ungefähr 150,000 Rilo beste Rühlkohlen, 400 Octoliter böhmischen Ankerkohlen und 1900 Octoliter besten böhmischen Braunkohlen soll an den Mindestfordernden, jedoch vorbehaltlich der Auswahl unter den Bietenden, vergeben werden.
Die Lieferungsbedingungen liegen an Rathshaus zur Einsichtnahme aus und sind die Offerten bis zum 27. d. M. **Donnerstag, Nachmittags 6 Uhr** bei der Kunstatler **ebendortselbst** mit der Aufschrift: **„Kohlenlieferung für das Johannisfest“** verpackt einzulegen. Später eingehende Offerten können keine Berücksichtigung finden.
Leipzig, den 16. Juni 1881.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stz.

Bekanntmachung.

Die Gewerbesteuer zu Leipzig soll befristet, zur Hebung des Bedarfs des Verwaltungsausschusses für das laufende Jahr auf den 1. Juli d. J. bis zum 31. d. M. in Folge d. des Einkommensverhältnisses enthaltenen Steuerbetrags **einen Zuschlag von 2 Pfennigen zu erheben.**
Aber nur diesen Steuerzuschlag, welcher mit dem auf den 1. Juli d. J. fallenden Einkommensverhältnis erhoben werden soll, kann ausüben, demnach wird, daß derselbe von allen zur Gewerbesteuer nachberechnenden Gewerbetreibenden des Leipziger Gewerbesteuerbezirks (Stadt Leipzig, Zwickau, Markranstädt, Landau, sowie die zum königlichen Amtsgericht Leipzig gehörenden Ortsteile) deren bezügliches Einkommen 500 A übersteigt, zu erheben ist.
Leipzig, den 19. Juni 1881.
Die Gewerbesteuern.
H. Köhler, Secr. Georgi. Stz.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 25. Juni.

Ein Bericht will wissen, daß im preussischen Finanzministerium die Vorarbeiten für eine Reform der Reichssteuer unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Reichssteuer im Gange sind. Ueberdies könnte die Reichssteuer laum. Weit eher läge ein Grund zur Verwunderung vor, wenn die heftigen Angriffe des Fürsten Bismarck gegen diesen Zweck des Gemeinwohlwesens ohne praktische Folge geblieben wären; der Reichstaxler ist eben nicht der Mann, der mit seiner Kritik in der Theorie stehen bleibt. Trotz alledem ist es schwer glaublich, daß, wie gemeinet wird, dem Landtage schon in seiner Periode eine entsprechende Vorlage gemacht werden soll. Es wäre dies nur unter der Voraussetzung möglich, daß die Angelegenheit in un- verantwortlicher Weise über die Köpfe gebracht und auf alle Verordnungen, um provisorische Steuererhebung und auf die Berücksichtigung der Berliner Finanzverhältnisse einloch verhängt wird — eine Annahme, die uns ausgeschlossen erscheint. Inwiefern darf man darauf vorbereiten sein, daß das festgesetzte „Aufhebung der Reichssteuer“ in den beginnenden Wahlen in Berlin eine bedeutende Rolle spielen wird. Der antirepublicanische und sonstige reactionäre Stimmung hat hier überhaupt erst Dult und Mühsal genommen, seitdem in der Gemeinwohlverwaltung und der angeleglichen Ueberführung der Unrentabilität durch direkte Steuern ein bestimmtes Angriffsfeld eröffnet worden war. Mit Sorge sieht man in der Bürgerstadt den iltigen Wählern entgegen, welche es haben möge, wenn eine ärmliche Wählerwahl, durch die governmentale Partei aufgeschwemmt, Positionen so bald nicht, erfüllen können. Des Reichstaxlers Absehen in Bezug auf die Reform der Berliner Gemeinwohlsteuer, die ganz und gar nicht reformbedürftig ist, geben aber noch viel weiter. Er hat nicht bloß bei wiederholten Gelegenheiten seine Vorliebe für die alte Schlicht- und Wahlweise ausgedrückt, sondern er hat es auch in den Steuererhebungsdebatten des Gemeinwohl vom Februar d. J. ganz bestimmt ausgesprochen, daß die städtische Aecle nach seiner Ansicht noch nicht von der öffentlichen Tagesordnung abgesetzt sei und früher oder später wieder besprochen werden müsse. Es ist bei all diesen beunruhigenden und nebelhaften Zukunftsbildern immer zu bedenken, daß wir noch in den ersten Anfängen der Wahlbewegung stehen und daß die wirksamsten Agitationsmittel möglichst lange aufgespart zu werden pflegen. Beispielsweise ist das Register des Verordnungsblattes in der governmentalen Presse noch gar nicht gegeben worden, dieselbe ist einweilen noch mit der Aufarbeitung der socialen Frage beschäftigt.

Die ungenügend agitatorische und feindselige Sprache gegen die liberalen Parteien, die in der hoch officiellen „Provincialcorrespondenz“ neuerdings wieder hervortritt, erregt gerechtes Befremden. Wenn die Wahltagation von Seiten der Regierung in dieser Tonart fortgeführt wird, so kann man sich auf eine ebenso blühende als erbiterte Verhöhnung gefaßt machen. In wie weit diese Verhöhnung angreifende Haltung des böhmischen Blattes wirklich den Absichten des neuen Reichstaxlers entspricht, oder die officiellen Reden im Uebereifer nur in seinem Sinne zu handeln glauben, ist nicht schwer zu behaupten. Davor aber ist jedenfalls zu warnen, das Material officieller Verhöhnungen wieder heranzubereiten zu lassen, wie es in früheren Zeilen des Landtags Stoff zu lauten und gerechten Klagen gab und Denjenigen, welche das Bedürfnis der Regierung zu einem solchen Blatte anerkannt, ihre Aufgabe ungemein erschweren. Der demagogische Zug, der dieser Wahlbewegung in hervorragender Weise eigen ist, wird von den extremen Parteien von rechts und links bereits in einer Weise gepflegt, die zu den größten Verlegenheiten Anlaß giebt. Die anerkannte Regierungspresse sollte es nicht auch noch für ihre Aufgabe

halten, diese Methode und diesen Ton sich anzueignen und damit den Parteikampf zur Erbitterung zu steigern.
Wie es nicht Fürst Bismarck war, der sich Herrn v. Köppler als Cultusminister ausgesucht hat, so ist es wiederum nicht Herr v. Köppler, der sich im bisherigen Ministerialdirecteur Yucas seinen Unterstaatssecretar erwählte. Diese letztere Ernennung kommt vielmehr durchaus aus dem Goutte des Reichstaxlers, der damit wenigstens einen Rest der vielberufenen „Continuität“ im Cultusministerium aufrecht erhalten hat. Es war ein Vorkriegswunsch des Herrn v. Köppler, in dem Regierungspräsidenten v. Schlieckmann den Mann seines Vertrauens zum intendanten Mitarbeiter zu gewinnen. Diese Candidatur fand ihre mächtige Unterstützung bei hoch hinauf und namentlich in den deutschconservativen Kreisen, die in dem offpreussischen Verwaltungsbereich einen noch viel entschiedeneren Vertreter ihrer Gesinnungen setzen als in Herrn v. Köppler selber. In dem Verfahren mag der Staatsmann noch dem Parteilump die Waage halten, in dem Erkeren nicht. Diese Personenfrage hat mehr Energie und Bewegung verursacht als äußerlich an die Oberfläche trat, die Entscheidung aber liegt in den Conferenzen, die Fürst Bismarck in den jüngsten Tagen mit dem neuen Minister hatte und in denen er ihm vorstellte, daß es den Glauben an die Continuität der Verwaltung auf's Tiefste erschüttern würde, wenn eine politische so hervortretende Persönlichkeit wie Herr von Schlieckmann Unterstaatssecretar würde. Dagegen sah der Reichstaxler in dem farblosen Herrn Yucas den geeignetsten Mittelmann, den noch links hin noch ein letzter erbogter Schimmer der halbseitigen Ueberlieferung umhüllt und der beim Centrum wegen der Wandlungsfähigkeit, die er bewiesen, auf Vertrauen Anspruch hat, so wenig es ihm freilich gelungen ist, den Rest des früheren Mißtrauens zu besiegen. Man kann nicht umhin, in diesen Vorgängen einen Mangel an Selbstständigkeit seitens des Herrn von Köppler zu erblicken oder vielmehr ist es ihm nur durch diese Schmiegearbeit möglich, sich auf einer Stelle zu erhalten, auf die ihn die Hand des Fürsten Bismarck nicht geführt hat.

Die Vorgänge im Berliner Verein der Centrumpartei gewähren einen interessanten Einblick in die tiefgehenden Gegensätze, welche diese einst so fest geschlossene Partei durchgehen und zerlegen. Sie veranschaulichen das Bild, welches bereits während der ganzen Reichstagsession bei den wichtigsten Fragen zum Vorschein gekommen war. Es ist der Gegensatz von zwei Richtungen, deren eine im engeren Bund mit den Conservativen und in englichem Untergeordnetem gegen die Regierung das Ziel erblickt und in der wirtschaftlichen Reaction ein Ziel erblickt, hinter dem selbst der höchsten Interessen einigermaßen zurücktreten müssen, während die andere die oppositionellen Reigungen aus der alten Culturschicht mehr hervorkehrt, mittrauliche Juristikaufstellung empfindet und energisch an die noch unerfüllten Hoffnungen auf frühlichem Gebiet mahnt. Das hat Gegenüber so klarer Natur, wie sie kaum eine andere Partei aufzuweisen hat. Mit welcher Stärke die beiden Richtungen im Centrum vertrieben sind und welcher von ihnen die hervorragenderen Parteimitglieder angehören, läßt sich dahingestellt. Verbalten ist aber der Sieg und ein solcher liegt sich nur immer mehr zu erneuern. Man darf unter diesen Umständen auf das Möglichste von der „Germania“ in Hinsicht gestellte Wahlmanöver gespannt sein. In der Hochblüte des Culturkampfes pflegten derartige Kundgebungen des Centrums von Freiheitskämpfern zu treffen; sie liefen in dieser Beziehung sogar den fortschrittlichen Aufstrebenden ab dem Rang ab. Es wird eine interessante Gegenüberstellung werden: jene alten Proclamationen des Centrums aus den ersten fünfziger Jahren und die neuen aus der Zeit der Reichstagsconferenzen.

Ueber das Programm der preussischen Reactionäre spricht sich die „Allg. Ztg.“ also aus: Es ist daselbst die nicht misszuverehende Andeutung der ängstlichen Reactionäre, welche die Binden Wunsch nach Umkehr in den Feudalstaat, aus dem in einer „Geschichte ohne Gleichen“ unser Preußen das deutsche Vaterland mittels friedlicher Vorsehung herausgeführt hat! „Entlastung und Befestigung des Grundbesitzes“ wünschen auch wir; es fragt sich nur, durch welche Mittel? Die gleiche Entscheidung wollen wir wohl mittheilen, aber nicht beistimmen, und vor aberwärtigen Fideicommissen gegen das freie Verfügungsrecht der Lebenden warnen wir für und für. Aus einer entlastenden Reform der Grundsteuer behufs Erleichterung und Befestigung des kleineren und mittleren, besonders des bäuerlichen Grundbesitzes wollen wir gern die Hand bieten, wenn wir über die Bedingungen mit dem Minister Ritter und dem Kanzler uns verständigen können; aber — da wird der Widerspruch zwischen Bauer und Junker stark hervorbrechen. „Organisation des Handwerks“ wünschen auch wir, aber nur die „freie“, wie sie neben dem Grundrecht der Gewerbefreiheit bestehen kann; nimmer jedoch dürfen wir der deutschen Industrie den Kopf zu Würgen legen und den Handel und das Geldinteresse schuldig juristischer Verdrängung und communisfidei „Maaranten“ und anderweitigen Creditwindel preisgeben lassen! Bäuer und Bauern in Stadt und Land, öffnet die Augen und seht, was euch droht! Von den Wählern hängt es ab, ob der Sturm der Conservativen und des Centrums auf die Uebergebung des ersten Jahreszins des Reiches mit besserem Augenblick die reactionäre Einfluß abgemindert werden kann. Zu keiner Zeit war es gefährlicher, die Hände in den Schoos zu legen als während, oder in der fatalistischen Ansicht, daß das Verhängnis doch seinen Lauf nehmen werde.

Der Voller läßt in Ebernörde, der wegen eines freisinnigen Buches vom Consistorium der Provinz Schleswig-Holstein in Disciplinaruntersuchung genommen worden ist, hat am 9. d. M. vor einer dem Consistorium niedergesetzten Commission ein Verhör begeben müssen. Selbstamende war diese Commission zusammengesetzt aus zwei Juristen und nur einem Theologen, dem Generalsuperintendenten der Provinz. Dieser Umstand giebt der „Protestantischen Kirchenzeitung“ Veranlassung, es als „ein schändliches Unwesen“ zu bezeichnen. „Das Geschick, welche sich von der Bewegung innerhalb der wissenschaftlichen Theologie erfüllen pflegen, vom Römischen verhöhet und abgelehnt werden, die als Hauptziele einer anderen Wissenschaft — als Juristen — aber die Sorgänge in der theologischen Disciplin nur laienhaft und von Dörmlingen unterrichtet sind. Incompetente Richter — solche Urtheile — das ist die Signatur der Glaubensgerichte, wie sie in Nützlicher Nachahmung katholischer Praktiken jetzt in Preußen

an der Tagesordnung sind, der auf den Geist gestellten Kirche des Herrn wahrhaftig nicht zur Ehre.
Die „Babische Correspondenz“, das Organ der nationalliberalen Partei Babens, theilt mit, es sei dem Landesausschuß dieser Partei von einer Anzahl babischer Abgeordneten angeregt worden, daß sie nur durch zufällige Abwesenheit von Hause verhindert werden seien, ihre Namensunterstützung zur Berliner Partei-Erklärung in der hiesiger gehaltenen Beschlussesammlung einzubringen. Sie erklärt mit dem Inhalt vollständig einverstanden sein. Sie erklärt ferner den Angriffen gegenüber, welche dem hiesigen Mitglied der nationalliberalen Partei zugeordnet sind, die hiesigen Vertreter der hiesigen Beschlussesammlung mit der genannten politischen Kundgebung ausgesprochen worden sei.

Die nach dem Attentat auf den russischen Kaiser Alexander II. aufgeworfene Kassafrage, wie Alles, was damit im Zusammenhang steht, wird von den europäischen Cabineten nicht weiter verhandelt. Man darf die Sache wohl für abgeschlossen halten, da eine anderweitige internationale Vereinbarung angesichts der zwischen dem einzelnen Staates bestehenden Verträge unausführbar erscheint. Der Rüstungsstand, den zu vernünftigen ganz Europa aufgerufen wurde, ist, wie die „Allg. Ztg.“ darlegt, als eine spezifisch russische Wäse erkannt worden, die weiter auf der Welt zu schaffen deshalb auch Rußland allein überlassen bleiben müsse. Diese Ueberzeugung ist von weittragender Bedeutung im Hinblick auf die traurige Möglichkeit, daß ein Verbrechen, wie das des 13. März in Petersburg, in Genua oder Petersburg sich leicht wiederholen kann; und stünden wir aber kurz oder lang wieder vor einer nichtbilligen Explosion, so würde es dem übrigen Europa erspart bleiben, den Rußland abermals zu gemeinsamen Aktionen gegen den Rüstungsstand aufgerufen zu werden. Es bleibt die Pflicht der russischen Regierung, die verdammernde Verbrechen politischer Verewigung unumgänglich zu machen, und da bisher noch dieser Richtung hin Nichts geschehen ist, weil die Peterburger Regierung einer verhängnisvollen Trägheit verfallen ist, so wird die Nichtzahlung Europas an dem durch und durch dem kranken Zustand Rußlands klar erwiesen sein. Es würde der russischen Regierung gelingen sein und nach jetzt gelingen, dem Rüstungsstand jedes Terrains abzurufen, wenn sie die Lust und den Mut hätte, billigen Aufsprüchen des Volks Rechnung zu tragen. Das officielle Regiment hat jeden Augenblick Gelegenheit, sich wieder als die alleinige Autorität anzupreisen. So lange es Nichts thut, um das Volk zu befechtigen, so lange führen sich die Testamentvollstrecker der Delaib und der Paulowitsch als die Herren der Lage, und so lange führen wir Tag für Tag von neuen Missemessungen und schändlichen Wohlthunigen und verwerflichen Anschlägen. Möge Rußland vor einem Schicksal wie dem des 13. März bewahrt bleiben; aber wiederholt sich ein ähnliches terroristisches Verbrechen, so wird das übrige Europa von jeder Rücksicht von dem herein freisprechen sein.

Dem Schriftsteller „Kemi e politica“ des Generalleutnants Meynaco ist eine zweite Besprechung unter dem Titel „Die Wahrheit, die ganze Wahrheit, nur allein die Wahrheit“ gefolgt, welche sich im Gegensatz zu jener, ausschließlich mit den Angelegenheiten der italienischen Ravine beschäftigt. Die erste Wahrheit ist eine recht kümmerliche; die italienische Handelsmarine ist im Niedergange, und zwar im rapiden Niedergange begriffen. In den zehn Jahren von 1869 bis 1879 hat der Gesamtumfang der neu dem Stapel gelassenen Holzwege eine Verminderung um 80 Prozent erfahren; 50,000 Personen haben der Schiffsahrt und der maritimen Industrie den Rücken gekehrt; und von dem dritten Hofe, welchen Italien nach 1877 unter den das Meer befahrenden Nationen einnahm, ist dasselbe im Jahre 1879 auf den fünften zurückgegangen und allem Anscheine nach noch nicht auf der letzten Etappe seiner Niedergangs-Laufbahn angelangt. Auf den Titel einer neuen Wahrheit kann kein Staat Anspruch erheben, wenn er es nicht vorher verstanden hat, den zur Production des maritimen Wasserstoffes erforderlichen industriellen und ökonomischen Elementen in eigenen Hause Leben einzubringen. In Italien ist Nichts geschehen, um irgend eines dieser Elemente, so weit dieselben fehlen, zu schaffen, noch um die bereits bestehenden auszubilden. Italien ist dem Auslande unter allen Formen tributpflichtig; keine es bezieht seine Kanonen von Armstrong in London, keine Maschinen von Penn und Wanklyn in London, alle seine Kanonen- und Maschinenapparate werden von dem englischen Hause Penny geliefert, englische Dampftriebe liefern die Schiffsdröhnen, die Futtergänge und Panzerplatten, die elektrischen Apparate. In Italien, wo man Alles dem Auslande ausgiebt, hat man also niemals an eine in diesem immer sturmbelegten Europa nicht umgängliche Lage gedacht, durch welche ihm seine Waage vom Auslande abgetrennt werden könnten. Der Autor kommt sodann zum zweiten, unbedingt wichtigsten Theil seines Themas: Wozu dient eine Kriegsmarine? Zur Verteidigung der maritimen Städte und Häfen und zum Schutze des Handels. Wie lassen sich aber bei diesem Stande der Dinge die Häfen verteidigen und der Handel beschützen, wenn man nur Schiffe vom Typus des „Tullio“ hat, die den Canal von Suez nicht durchfahren und nicht in alle Häfen einlaufen können? Doch das ist noch nicht Alles. Nach dem Organisationsstatute von 1871 sollte die eigentliche Schlachtenflotte aus 21 Fregatten bestehen; die Commission Mexarba reducirte sie auf 20, und das Gesetz Brin gar auf 16 Schiffe, acht neue und acht so viele alte. Eine derartige Zahl erscheint jederzeit und erscheint gegenwärtig mehr denn je als hinter dem wahren Bedarfe zurückbleibend.

Die Weltung, welche die große Juden-Emigration in Spanien als eine abgemachte Sache hinlirbt und sogar über die Ueberführung der Juden aus russischen nach spanischen Dänen bereits sehr ins Wabere Blättern einer wesentlichen Richtung stellt. Wie es scheint, haben in dieser Angelegenheit, welche die gefamnte Besse der Pallistik in eine leicht begreifliche Aufregung versetzt hat, Rüstungsminister und Ueberreiter eine verhängnisvolle Rolle gespielt; denn von Allen, was darüber gemeldet werden ist, nur das Eine wahr, daß der spanische Gesandte in Konstantinopel, Dr. Rodon, in einem Bericht an seine Regierung die traurige Lage der aus Rußland vertriebenen jüdischen Bevölkerung geschildert und der Ministerpräsident Herr Sagasta darauf erwidert hat, daß Spanien, um eine alte Schuld zu zahlen, die Rüstungsminister mit offenen Armen aufnehmen werde, worauf bis zum